

die veränderten Umweltbedingungen und nimmt Anleihen an aktuellen Ereignissen – ohne damit nur das politische Feuilleton zu bedienen. Gerade Göttingen hat sich in diesem Zusammenhang zu einem Hort der Parteienforschung herausgebildet, in dem allein drei der hier behandelten sieben Studien entstanden. Die andere „Richtung“ der Parteienforschung ist stärker methodenorientiert, setzt aber ebenfalls häufig auf Typologien. Insgesamt ist hier jedoch das methodische Instrumentarium mit einem Mix aus standardisierten Verfahren, Eliteninterviews und teilnehmender Beobachtung sowie verschiedenen Verfahren der Dokumentenanalyse breiter angelegt.

Beide „Richtungen“ haben indes gemeinsam, dass Untersuchungen zum Parteienwandel ein zentrales Erkenntnisinteresse markieren, ohne dass dabei die Kategorien „Kartellparteien“ oder „professionalisierte Wählerparteien“ notwendigerweise zum alleinigen Analyse leitenden Instrumentarium avancieren. Der gemeinsame Nenner der Studien besteht vielmehr in der Beobachtung, dass abnehmende Bindekräfte der Parteien, wie auch weiterer bürgergesellschaftlicher Großorganisationen, unverkennbar sind, dass die genauen Erscheinungsformen zugleich aber – wie vor allem die Studie von Biehl zeigt – noch einer differenzierten Betrachtung und einer breiteren Untersuchung bedürfen. In diesem Zusammenhang können die geschichts- und die politikwissenschaftliche Parteienforschung durchaus voneinander profitieren, erscheint es doch geradezu zwingend, dass die Historiografie das empirische Feld (weiter) bestellt, auf dem politikwissenschaftliche Kategorien bisher gesät, aber noch nicht in hinreichendem Maße gekeimt sind. Ob man dann wirklich zu dem Ergebnis kommt, jenseits des „Abstieg[s] der Parteien“¹⁶ auch das Konzept der repräsentativen Demokratie ebenso wie die Überlebensfähigkeit von Parteien in Frage zu stellen,¹⁷ sollte sich nicht zuletzt aus entsprechenden längsschnittartigen Betrachtungen ableiten lassen.

Jürgen Mittag

Neue Wege durch die „Terra incognita“ der Kleinparteienuorschung

Dirk van den Boom: Politik diesseits der Macht? Zu Einfluß, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999.

Andreas Schulze: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen, Wiesbaden 2004.

Hans-Jörg Dietsche: Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems, Frankfurt am Main 2004.

Uwe Jun/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt am Main/New York 2006.

Jan Köhler: Parteien im Wettbewerb. Zu den Wettbewerbschancen nicht-etablierter politischer

16 So Hubert Kleinert: Abstieg der Parteiendemokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 35/36 (2007), S. 3–11.

17 Vgl. hierzu Friedbert W. Rüb: „Sind die Parteien noch zu retten?“ Zum Stand der gegenwärtigen Parteien- und Parteiensystemforschung, in: *Neue Politische Literatur* 3 (2005), S. 397–421.

Parteien im Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2006.

Olaf Jandura: Kleinparteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2007.

Parteien bilden einen, wenn nicht den bevorzugten Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung. Dementsprechend hat sich die Parteienforschung zu einem breiten und ausdifferenzierten Forschungsfeld entwickelt, das unterschiedliche Perspektiven und Ansätze vereint. Die methodische Ausdifferenzierung und empirische Breite der bestehenden Untersuchungen schlagen sich dementsprechend gegenwärtig im Bedürfnis nach Konklusion und Zusammenfassung nieder.¹⁸ Umso erstaunlicher scheint es, dass es auf der Landkarte der Parteienforschung immer noch freie Flächen gibt: Bereits 1975 hatte Richard Stöss die politikwissenschaftliche Untersuchung der „Splitterparteien in der Bundesrepublik“ als „Terra incognita der Parteienforschung“ gekennzeichnet und auch noch über 30 Jahre nach dieser Einschätzung muss das Urteil nur als bedingt revidierungsbedürftig gelten. Parteien, die keine parlamentarische Vertretung aufweisen können, liegen nur in Ausnahmefällen im Blickfeld der Parteienforschung. Exemplarisch zeigt sich dies etwa an dem äußerst klugen und umfassenden Forschungsüberblick zum „Stand der gegenwärtigen Parteien- und Partei-systemforschung“ von Friedbert W. Rüb aus dem Jahre 2005. In seiner breiten Skizze der derzeitigen politikwissenschaftlichen Debatten spielen jene in der öffentlichen Wahrnehmung meist unter dem Rubrum „Sonstige“ summierten Parteien keine Rolle.¹⁹ Dabei hätte es der Autor besser wissen können: Denn gerade in den letzten Jahren haben einige Veröffentlichungen versucht, neue Wege durch die Terra incognita der Kleinparteienforschung zu schlagen.

Den Anfang machte Dirk van den Boom mit seiner 1999 unter dem Titel „Politik diesseits der Macht?“ veröffentlichten Habilitationsschrift. Zu den Verdiensten der Arbeit gehören insbesondere die Bemühungen um eine theoretische Fassung des Gegenstandes, die sich vor allem in Überlegungen zum Begriff der Kleinpartei niederschlugen und damit entscheidend dazu beitrugen, jenen von Stöss 1975 noch pejorativen genutzten Begriff der „Splitterpartei“ aus dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch weitgehend zu verbannen. Ebenso öffnete van den Boom den Blick für das breite Spektrum der demokratischen Kleinparteien ohne Parlamentsmandate, die in der öffentlichen wie wissenschaftlichen Aufmerksamkeit hinter den extremistischen Kleinparteien deutlich zurückstehen. In seiner empirischen Analyse widmete sich van den Boom ausgewählten Kleinparteien, die besonders hinsichtlich ihrer Programmatik und Organisationsstruktur analysiert werden. Daneben interessiert sich die Arbeit aber auch für die Funktionen, die den Kleinparteien für das politische System der Bundesrepublik zukommen. Van den Boom kann hier fünf Funktionen identifizieren, die er mit den Worten „Auffangbecken der ewig Unzufriedenen“, „Entwicklungsfeld neuer politischer Ideen“, „Bewahrer politischer Traditionen“, „Kontrolle der Mächtigen“ und „Vereins-

18 Vgl. etwas den Band von Kurt Richard Luther/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): *Political Parties in the New Europe*, Oxford 2002.

19 Friedbert W. Rüb: „Sind Parteien noch zu retten?“ Zum Stand der gegenwärtigen Parteien- und Partei-systemforschung, in: *NPL 3* (2005), S. 397–421.

meierei oder Selbstverwirklichung“ umreißt. Schließlich widmet sich die Arbeit mit Blick auf Bedingungen des politischen Systems wie auch hinsichtlich der internen Organisationsbedingungen der Kleinparteien der Frage, wann eine „Kleinpartei zur Großpartei“ werden kann. Die Studie skizzierte damit bereits die wesentlichen Stränge dieses Forschungsfeldes, denen auch die folgenden Studien weitgehend folgten.

Im Jahre 2004 legte Andreas Schulze mit der Veröffentlichung seiner ein Jahr zuvor abgeschlossenen Dissertation die umfangreichste neuere Studie mit dem Titel „Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen“ vor. Die Arbeit enthält den bisher präzisesten Überblick über die bisherige politikwissenschaftliche Kleinparteienforschung sowie einen äußerst detaillierten Überblick über die Entwicklung der Kleinparteien in Deutschland vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Jahrtausendwende. In analytischer Hinsicht kann die Studie jedoch nur in Ansätzen überzeugen. Schulze stellt hier der Analyse der drei in Bundestag und Landtagen „etablierten Kleinparteien“ FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS die Untersuchung dreier „nicht-etablierter Kleinparteien“ gegenüber (Ökologische-Demokratische Partei, Deutsche Soziale Union und Bund Freier Bürger), von denen Schulz mit Bezug auf deren relativ langer Bestandsdauer schreibt, sie seien die „Riesen unter den Zwergen“ (S. 5). Diese sechs Parteien werden eingehend nach dem Raster „historische Entwicklung“, „Programmatische“ und „Organisationsstruktur“ untersucht. Die hier zusammengetragenen Informationen sind beachtlich, doch Schulze gelingt es nicht, diese abschließend überzeugend zu deuten. Seine im Kapitel „Theoretischer Bezugsrahmen“ präsentierten 14 Thesen über die „Bedingungen für die (Nicht-) Etablierung von Kleinparteien“ stützen sich keineswegs auf die vorher geleistete ausführliche Literaturdiskussion und stehen auch mit dem Analyseraster in keinem direkten Zusammenhang, so dass eine methodische Operationalisierung der Thesen unterbleibt. Dazu variieren die Thesen hinsichtlich ihrer Erklärungsqualität erheblich. Die These „Der Erfolg von Kleinparteien hängt stark vom Bild in der Öffentlichkeit ab“ erscheint hinsichtlich der prinzipiellen Bedingungen demokratischer Systeme kaum Aussagekraft zu besitzen, ebenso die These „Innerparteiliche Krisen schaden Kleinparteien“. In seinem abschließenden Kapitel, in dem Schulze auf die Thesen zurückkommt und diese diskutiert, geschieht dieses unsystematisch und weitgehend ohne Bezug auf die vorherige empirische Analyse (etwa bei der Diskussion der ersten vier Thesen). Aufgrund der fehlenden Verbindung zwischen (Hypo)Thesen und empirischer Analyse kann Schulze hier nur allgemeine Überlegungen anführen, die zu der angekündigten Falsifizierung der Thesen jedoch kaum beitragen können. Entsprechend gelingt es Schulze nicht, seine Forschungsergebnisse abschließend zu systematisieren und für weitere Forschungen greifbar und vergleichbar zu machen.

Diese Aufgabe bewältigt die ebenfalls 2004 erschienene Dissertation von Hans-Jörg Dietsche. In seiner Publikation „Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems“ schließt Dietsche an die Überlegungen von Anthony Downs zur Ökonomischen Theorie der Politik an und entwickelt so sein „Marktlückenmodell“, das insbesondere erklären kann, warum sich nicht-etablierte Kleinparteien etablieren können. Dietsche argumentiert, dass die Existenz kleiner Parteien und Kleinparteien sich gerade aus dem Wettbewerb der beiden Volksparteien der Bundesrepublik ergibt. Die Integrationsfä-

higkeit der Volksparteien müsse „Sollbruchstellen“ aufweisen, die als Lücken im Parteiensystem, „d. h. als Marktlücken im Parteienwettbewerb“ von kleineren Parteien besetzt werden können. Die Etablierungschancen nicht-etablierter Parteien hängen demnach entscheidend von der Integrationsfähigkeit der Volksparteien ab. Nach Dietsche liegen diese Marktlücken an drei Stellen: an den (extremistischen) Rändern des politischen Spektrums, in der Mitte zwischen den Volksparteien und „in räumlichen Regionen des Staatsgebiets als regionale Lücke, die sich parallel zu einer der Volksparteien aufzutut“ (S. 232). Diesen drei Lücken entsprechend konstruiert Dietsche drei „Idealtypen der kleineren Parteien“ („Flügelparteien“, „Scharnierparteien“ und „regionale Parteien“), die er aber explizit nicht als Realtypen zur Gliederung der Kleinparteienlandschaft verstanden wissen will, sondern als Idealtypen im Sinne von Max Weber: „Die drei Idealtypen sind wie Pole, denen sich die verschiedenen kleineren Parteien mal mehr, mal weniger annähern“ (S. 120). Im dritten Teil seiner Untersuchung führt Dietsche selbst vor, wie mit Hilfe dieser Idealtypen das Agieren der kleineren Parteien analysiert und hinsichtlich ihrer Erfolgsaussichten bewertet werden kann. Dietsche hat hier ein durchaus plausibles ökonomisches Modell entworfen, das Antworten auf die Frage nach den Etablierungsbedingungen von kleineren Parteien aus der Perspektive der Parteienkonkurrenz beantwortet.

Aus ganz anderer Perspektive hat sich Jan Köhler ebenfalls mit dem „Wettbewerbschancen nicht-etablierter politischer Parteien im Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland“ befasst. In seiner 2006 veröffentlichten juristischen Dissertation widmet sich Köhler neben knapperen Überlegungen zu den Funktionen nicht-etablierter Parteien für das politische System der Bundesrepublik und der Wettbewerbsordnung der Parteienkonkurrenz vor allem der Analyse einzelner wettbewerbsrelevanter Rechtsfragen. Köhler untersucht hier 16 Detailspekte des Parteienrechts auf strukturelle Wettbewerbshemmnisse für nicht-etablierte Kleinparteien. Er erblickt diese etwa bereits im Parteibegriff des Parteiengesetzes, der durch seine Uneindeutigkeit und den daraus resultierenden Ermessensspielraum Rechtsunsicherheit produziert. Zudem erkennt Köhler in den Regelungen des Wahlvorschlagsrechts und der Zusammensetzung des Bundeswahlausschusses eine besondere Privilegierung der etablierten Parteien, weil nicht-etablierte Kleinparteien hier keinen Einfluss entfalten können. Die staatliche Parteienfinanzierung begünstige ebenfalls nur jene Parteien, die in der Vergangenheit erfolgreich gewesen waren und trage so zu einer Festigung des Status quo bei. Ebenso seien die Fünfprozenthürde und die Auflagen zur Unterschriftensammlung für nicht-etablierte Kleinparteien als Wettbewerbshindernisse für diese zu werten. Insgesamt führt Köhlers gut lesbare Studie „das in seiner Anwendung auf Kleinparteien widersprüchliche und überzogene Sanktionssystem“ des Parteienrechts vor Augen, hinter dem die „gesetzgeberische Fokussierung auf die Verhältnisse bei den etablierten Parteien“ steht (S. 230). Köhlers Studie wäre wohl viel versprechend mit den Thesen von Richard Katz und Peter Mair zusammenzubringen, die argumentiert haben, etablierte Parteien seien in zunehmenden Maße von staatlichen Ressourcen abhängig und würden deshalb ein „Kartell“ bilden, um die Etablierung neuer Konkurrenten (und den damit einhergehenden Verlust staat-

licher Ressourcen) zu verhindern.²⁰ Diese interdisziplinäre Verschränkung seiner juristischen Ergebnisse mit der politikwissenschaftlichen Parteienforschung gelingt Köhler nur in Ansätzen, doch bildet dieses weniger einen Vorwurf an seine rechtswissenschaftliche Untersuchung, als mehr ein Charakteristikum der gesamten Debatte um die Kleinparteien.

Der Anschluss an die Kontroversen der Parteienforschung – insbesondere zum Wandel der Parteien – wird in keiner der Kleinparteienstudien gesucht und so scheint es weniger verwunderlich, dass Friedbert Rüb in seinem anfangs erwähnten Überblick zum Stand der Parteienforschung die Diskussion um die Kleinparteien nicht berücksichtigt. Dabei gäbe es durchaus Anschlussmöglichkeiten, besitzt die Analyse insbesondere nicht-etablierter Kleinparteien doch Potenzial für die allgemeine politikwissenschaftliche Parteidiskussion.²¹ Nicht-etablierte Kleinparteien könnten gerade durch die qualitativen und quantitativen Unterschiede zu den etablierten Parteien dazu dienen, bekannte Thesen der Parteienforschung durch einen Vergleich hinsichtlich der Bedeutung innerparteilicher wie äußerer Faktoren zu präzisieren. Umgekehrt bieten die Kontroversen der Parteienforschung auch zahlreiche noch ungenützte Anknüpfungspunkte für die Analyse der Kleinparteien. So scheint es reizvoll, nach den medialen Kommunikationsbedingungen von nicht-etablierten Kleinparteien zu fragen und diese Überlegungen mit den mediendemokratischen Theoriemodellen in Beziehung zu setzen. Sollten sich die Thesen zu einer stärkeren Medialisierung politischer Kommunikation bewahrheiten, könnten sich hieraus neue Chancen für nicht-etablierte Kleinparteien ergeben, durch Emotionalisierung, Dramatisierung oder Polarisierung stärkeres Gehör in den Massenmedien zu finden. Hier wäre genauer zu prüfen, inwieweit der gerade auch bei (nicht-)etablierten Kleinparteien beobachtbarer „Populismus“ als Strategie zur Steigerung medialer Aufmerksamkeit verstanden werden müsste.²²

Mit dem Zusammenhang von Mediensystem und Kleinparteien befasst sich auch die 2007 erschienene Dissertation von Olaf Jandura. Seine Studie „Kleinparteien in der Mediendemokratie“ beleuchtet jedoch weniger nicht-etablierte Kleinparteien, sondern vielmehr die mediale Berichterstattung über FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Zusammenhang der Bundestagswahlen 1998 und 2005. Jandura betritt mit seiner theoretisch fundierten Studie weitgehend Neuland. Er analysiert einen breiten Quellenkorpus, der Printmedien ebenso wie die Nachrichtensendungen des Fernsehens umfasst, aber auch die Presseerklärungen und parlamentarischen Tätigkeiten der Parteien einschließt. Dabei werden zu Vergleichszwecken auch SPD und Union berücksichtigt. Jandura kann so ein detailliertes Bild der Presseberichterstattung über Kleinparteien zeichnen: Grünen und FDP kam während beider Wahlkämpfe medial eine geringere Aufmerksamkeit als SPD und CDU zu. Dennoch war sie gemessen am Wahlergebnis überproportional. Dabei zeigen sich auch Unterschiede zwi-

20 Vgl. etwa Richard Katz/Peter Mair: *Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party*, in: *Party Politics* 1 (1995), S. 5–28.

21 Vgl. hierzu Janosch Steuwer: *Eine neue Partei ‚links von der SPD‘. Überlegungen zur Bedeutung nicht-etablierter Kleinparteien im politischen System Nordrhein-Westfalens am Beispiel der WASG und Linkspartei.PDS*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 38 (2007), S. 97–124, insb. S. 104–106.

22 Siehe hierzu die ersten Überlegungen in ebd., S. 115–120, 122 f.

schen kleinen Regierungsparteien und kleinen Oppositionsparteien, etwa hinsichtlich der inhaltlichen Vielfalt der Berichterstattung, bei der Regierungsparteien bevorzugt werden. Allerdings wird über diese am häufigsten im Zusammenhang mit dem Koalitionspartner berichtet. Sowohl 1998 als auch 2002 wurde über Kleinparteien überwiegend negativ berichtet; das Verhältnis unterschied sich aber kaum von dem der Großparteien. Die Bewertung der Parteien hing dabei stark vom jeweiligen Medium ab. Die Auswertung der Berichterstattung vergleicht Jandura mit der Selbstdarstellung der Parteien in Parlamenten und Pressemitteilungen. Er kann hier zeigen, dass die Sachthemen-Dimension gegenüber der Wahlkampf-Dimension in der Berichterstattung zurücktritt. Kleinparteien haben es besonders schwer, inhaltlich Gehör in den Medien zu finden. So resümiert Jandura abschließend, dass „Kleinparteien gegenüber den Großparteien in der Medienberichterstattung benachteiligt werden. Dies gilt nicht für den Umfang, jedoch für die thematische Breite der Berichterstattung“ (S. 240).

Neben diesen Spezialstudien haben Uwe Jun, Henry Kreikenbom und Viola Neu die Debatte um die Kleinparteien 2006 mit einem Sammelband unter dem Titel „Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft“ bereichert. Der Band bietet sich vor allem gut für den ersten Zugang zum Thema an. Er enthält nicht nur Beiträge von Hans-Jörg Dietsche und Jan Köhler, die hier ihre ausführlicheren Untersuchungen verdichtet zusammenfassen, sondern setzt auch weiterführende Akzente. Insbesondere der Einleitungsbeitrag von Uwe Jun und Henry Kreikenbom bietet hilfreiche Präzisierungen in der Diskussion um eine angemessene Begriffsdefinition. Die in drei Abschnitte gegliederten Beiträge des Bandes thematisieren eine Reihe unterschiedlicher Dimensionen der Kleinpartei-forschung, die sowohl eher systematisierende Beiträge über Parteimitgliedschaft (Heiko Biehl) oder zur Bundestagswahl 2005 (Viola Neu) als auch auf einzelne Parteien konzentrierte Beiträge. Das Spektrum umfasst dabei sowohl etablierte Kleinparteien wie die Grünen (Martin Dolezal, Melanie Haas), die FPD (Sebastian Götte/Selina Recke) und die PDS (Michael Koß/Dan Hough) als auch nicht-etablierte Kleinparteien wie die WASG (Florian Hartleb/Franz Egon Rode), die NDP (Lazaros Miliopoulos) und die ÖDP (Uwe Kranenpohl). Insbesondere der Beitrag zur „NPD als Machtfaktor im deutschen Parteiensystem“ verdient es, aus den durchweg guten Aufsätzen herausgehoben zu werden, besitzt das Ergebnis der Analyse von Miliopoulos, die NPD sei auch als nicht-etablierte Kleinpartei ein wichtiger Faktor im Parteiensystem der Bundesrepublik, auch Potenziale für die genauere Bestimmung von Funktionen und Einflussmöglichkeiten nicht-etablierter Parteien. Ebenfalls als lobenswert müssen die beiden Beiträge zu den kommunalen Wählergemeinschaften (Lars Holtkamp/Thomas R. Eimer, Marion Reiser) erwähnt werden, da sie eine in der Diskussion bisher nicht berücksichtigte Dimension des Themas offenbaren. Dem Band liegt keine einheitliche Systematik zugrunde, so dass die Beitragsthemen teils etwas willkürlich gewählt erscheinen. Gerade dadurch ist der Band jedoch ein gutes Beispiel für die Vielschichtigkeit der Ansätze und Gegenstände im noch weitgehend unerschlossenen Feld der Kleinpartei-forschung.

Fragt man nach diesem Überblick über die neuere Literatur zur Kleinpartei-forschung nach übergreifenden Problemen und Potenzialen, so fällt zunächst einmal das uneinheitliche

begriffliche Repertoire auf. Schon alleine diese an den jeweiligen Begrifflichkeiten der Studien orientierte Rezension hat eine ganze Reihe verschiedener Begriffe zutage gefördert, hinter denen verschiedene Konzepte stehen. Hans-Jörg Dietsche, der der Begriffsdiskussion ausführlichen Raum zubilligt, hat eine Dreiteilung zwischen „Großparteien“, „kleineren Parteien“ und „Kleinparteien“ vorgeschlagen. Der Begriff der „kleineren Partei“ umschreibt dabei eine „Partei, die sich innerhalb eines von zwei Großparteien geprägten Parteiensystems (...) behauptet“, aber „nur im untergeordneten Zusammenwirken mit einer Großpartei gestaltend am politischen Entscheidungsprozess“ teilhaben könnte (S. 64). Für eine Dreiteilung plädiert auch Jandura, die von Dietsche als „kleinere Parteien“ bezeichnete Parteiengruppe wird von ihm jedoch mit dem Begriff der „Kleinparteien“ belegt, während die „Kleinparteien“ von Dietsche als „Kleinstparteien“ gekennzeichnet werden sollen (S. 19/20). Diese Begriffskonfusion ist verwirrend und dazu geeignet, falsche Erwartungen zu wecken, wird der Begriff in Buchtiteln verwendet. Am besten geeignet scheinen die von Jun und Kreikenbom präzisierten Begriffe etablierte bzw. nicht-etablierte Kleinparteien. Auch Schulze und Köhler verwenden diese Termini. Jun und Kreikenbom schließen mit ihren Ausführungen an Überlegungen von van den Boom an, präzisierenden diese weiter und geben erste Hinweise zur Operationalisierung der Begriffe für die empirische Analyse. Interessant an dieser Begriffsbestimmung scheint auch, dass der Begriff der Kleinpartei mit Bezug auf das Konzept der catch-all party definiert wird und sich so um einen Anschluss an die sonstige Parteienforschung sucht.

Neben den Definitionsproblemen ist in den neueren Studien der Kleinparteiensforschung eine deutliche positive Bewertung der Kleinparteien auffällig. Galten die „Splitterparteien“ auch in der Wissenschaft lange Zeit – gerade mit dem Verweis auf die Weimarer Republik – als Bedrohung der Stabilität des demokratischen Systems und machte es sich diese vor diesem Hintergrund wie etwa die juristische Studie von Wolfgang Bötsch aus dem Jahre 1969 explizit zur Aufgabe, nach „Wege[n] zur Ausschaltung von Splittergruppen im freien Teil Deutschlands“ zu suchen,²³ so betonen die Autoren gegenwärtig die Bedeutung (nicht-) etablierter Kleinparteien für die plurale Demokratie. Köhler geht in seiner Studie sogar so weit, nicht nur Vorschläge zur Reform des Parteienrechts zu machen, die dem Abbau von Wettbewerbshindernissen für nicht-etablierte Parteien dienen sollen, sondern gibt Kleinparteien auch explizit Hinweise, wie sie sich am Besten im bestehenden Rahmen der geltenden Rechtsbestimmungen arrangieren. Die Gründe für diese positive Identifikation mit dem Analysegegenstand können hier nicht mehr erörtert werden. Doch sie werden Berücksichtigung finden müssen, weil davon ausgegangen werden kann, dass diese normative Dimension die Wege durch die immer noch erst in Ansätzen erhellte Terra incognita der Kleinparteiensforschung maßgeblich mitbestimmen wird.

Janosch Steuwer

23 Vgl. etwa Wolfgang Bötsch: Die verschiedenen Wege zur Ausschaltung von Splitterparteien im freien Teil Deutschlands, Diss. jur. Uni Würzburg 1969.